

DIE STADT MUSS DEM BÜRGER GEHÖREN.

Er hat ihr Leben, ihr Gesicht, ihre Entwicklung zu bestimmen, in seiner Verantwortung vor Gott, seinen Mitmenschen und sich selbst.

Die Regierung, die er wählt, muss in seinem Sinne handeln. Die Verwaltung, die er beauftragt, hat ihm zu dienen.

Die politischen und staatlichen Institutionen dürfen nicht Selbstzweck oder Machtmittel werden. Sie müssen eine Funktion des freien Bürgerwillens sein und seine Initiative fördern.

Wir wollen den Staat nicht als Götzen, der kraft Amtsgewalt auch das Glück des freien Bürgers durch Verordnungen zu regeln sucht, sondern als funktionierenden Apparat im Dienst des Bürgers.

DENN DIE STADT MUSS DEM BÜRGER GEHÖREN.

Dies ist das Bekenntnis der CDU zum Ideal der rechtsstaatlichen demokratischen Ordnung in der Freien und Hansestadt Hamburg.

I

AUFGABE UND ZIEL

Der stetig wachsende Wohlstand, den die erfolgreiche Politik der Bundesregierung für alle Teile des Volkes ermöglicht hat, ist besonders auch Hamburg und seinen strebsamen Bürgern zugute gekommen. Dabei dürfen sie jedoch nicht selbstzufrieden beharren und die Augen vor dem verschliessen, was noch zu tun bleibt und was nach dem Wiederaufbau an neuen und schweren Aufgaben auf uns zukommt.

Nur wenn alle Bürger mitwirken, kann Hamburg, das durch seine weiten Verbindungen besonders empfindlich für alles weltpolitische und wirtschaftliche Geschehen ist, seinen Rang in Europa und der Welt behaupten.

Die Millionenstadt Hamburg muss deshalb von Männern und Frauen regiert werden, die über die Landesgrenzen hinausschauen.

Hamburg darf das grosse nationale Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit niemals aus den Augen verlieren.

Hamburg muss eine ihm zukommende Stellung in der Bundesrepublik anstreben und auf ein gutes Verhältnis zur Bundesregierung bedacht sein.

Hamburg muss mit seinen Nachbarländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen eng zusammenarbeiten, um eine Ordnung im Wirtschaftsraum des Untereibegebietes zu erreichen.

Hamburgs Bürger verlangen von ihrer Regierung, dass sie notwendige Entscheidungen schnell und klar trifft. Sie erwarten vom Staat, dass er die zukünftige Entwicklung der Stadt vorausschauend lenkt.

Hamburgs Bürger fordern eine grosszügige Lösung der Verkehrsprobleme und eine weitschauende, elastische Wohnungspolitik. -

Die sozialen Einrichtungen für Kranke, Alte und für die Jugend müssen undogmatisch und ohne Vorherrschaftsansprüche des Staates ebenso wie die Stätten der Bildung und der Kultur, des Sportes und der Erholung im Sinne der freien Bürgerrechte gefördert werden.

Hamburgs Bürger wollen eine Verwaltung, die ihre Anliegen ohne Vorurteile und unbürokratisch, unparteiisch und klar entscheidet.

Hamburgs Verwaltung braucht Beamte mit Zivilcourage ohne Rücksicht auf Parteibuch oder Doktrinen.

Hamburgs Bürger erwarten von ihrer Regierung eine harmonische Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Die CDU legt den Hamburger Bürgern hiermit ein Arbeitsprogramm vor, das die wichtigsten konstruktiven Vorschläge auf allen Gebieten der Landespolitik zusammenfasst. Sie wird dieses Programm auf der Grundlage ihres eingangs zitierten Bekenntnisses ständig vertreten und weiter entwickeln in dem Bestreben, dem Wohl der Bürger und ihrer Stadt zu dienen.

HAMBURG UND BONN

Hamburg hat im Rahmen der weltpolitischen Entwicklung ernste Probleme zu meistern. Sein natürliches Hinterland - Mittel- und Ostdeutschland - ist durch die brutale Gewalt des Eisernen Vorhangs abgeschnitten. Die mannigfachen Beziehungen zu Ost- und Südeuropa sind nahezu abgerissen.

Hamburg ist heute ein Grenzpfiler des freien Deutschland und der westlichen Welt. Hafen und Handel werden durch diese Situation zum Teil hart getroffen. Umso notwendiger ist eine kluge, weitschauende Politik des Senats, um mit diesen Problemen fertig zu werden.

Dazu bedarf es in erster Linie einer engen, sachlichen und verständnisvollen Zusammenarbeit mit dem Bund und seiner Konzeption einer Europapolitik, die allen Anfeindungen und Skeptikern zum Trotz triumphale Früchte zu tragen beginnt.

Wenn Hamburg und seine Bevölkerung diese Politik der Bundesregierung unterstützen, können sie auch jene wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Massnahmen erwarten, die für die Existenz unserer Welthafenstadt von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Der von der CDU geführte Senat brachte Hamburg in sachlicher Zusammenarbeit mit der Bundesregierung die Erfüllung nahezu aller seiner Forderungen. Heute fehlt es an dieser Zusammenarbeit. Eine parteipolitisch bestimmte Zweckopposition gegen den Bund mit dem Versuch verfassungswidriger Volksabstimmungen und ewigen Kritiken und Protesten statt sachlicher Verhandlungen hat unserer Stadt nur geschadet. Hamburgs Senat ist nicht der Vorkämpfer einer Partei gegenüber dem Bund, sondern die Landesregierung aller Bürger.

HAMBURG UND SEINE NACHBARLÄNDER

Hamburg ist auf das engste mit der Entwicklung seiner Nachbarländer verbunden. Das erfordert eine vertrauensvolle und zielbewusste Zusammenarbeit. Für die Entwicklung Hamburgs und seiner schleswig-holsteinischen sowie niedersächsischen Randgebiete sind mit den Nachbarländern Pläne gemeinsam aufzustellen und zu verwirklichen.

Hamburg darf innerhalb seiner Staatsgrenzen nicht restlos zugebaut werden. Stattdessen müssen um Hamburg herum lebensfähige Trabantenstädte entstehen, die durch Schnellstrassen und Schnellbahnen mit Hamburg verbunden werden. Damit wäre auch der wirtschaftlichen Entwicklung des Unterelbegebietes am besten gedient.

Aber auch hier haben parteipolitische Interessen und eigensüchtige Planungen die natürlichen Schwierigkeiten erhöht und die Landesgrenzen zu einem Prestigefaktor gemacht, für den die Bevölkerung kein Verständnis hat, zumal sie unter den Folgen leidet.

VERKEHR

Die Verkehrssituation in der Millionenstadt Hamburg ist mehr als unbefriedigend. In klarer Vorausschau der rapiden Verkehrsentwicklung, vor allem des motorisierten Verkehrs, hatte der von der CDU geführte Senat schon frühzeitig eine Denkschrift als Ergebnis intensiver Untersuchungen veröffentlicht, in der die kommenden Entwicklungen vorausgesehen und beschleunigte Maßnahmen gefordert wurden. Mit einzelnen Maßnahmen auf der Grundlage dieser Denkschrift ist es nicht getan. Sie muß als Ganzes planmäßig verwirklicht werden.

Die Hamburger CDU verlangt deshalb nachdrücklich:

Schluß mit dem Stückwerk,
Entwicklung eines klaren, für die nächsten Jahrzehnte ausreichenden Verkehrsnetzes.

Im einzelnen fordert die CDU für den Stadtverkehr:

1. Lenkung aller Verkehrsfragen durch eine Stelle.
2. Stadtautobahnen und kreuzungsfreie Hauptstraßen, Beseitigung schienengleicher Übergänge.
3. Fußgängertunnels und -brücken.
4. Ausbau von Radfahrwegen.
5. Ausreichende Parkplätze, Ausbau von Garagen und Parkplätzen unter der Binnenalster zur Entlastung der Innenstadt vom sogenannten "ruhenden Verkehr".
6. Beseitigung der verkehrsbehindernden Engpässe.
7. Weniger aber bessere Beschilderung.
8. Herausnahme der Straßenbahnen aus dem Stadtkern.
9. Weiterer Ausbau der U-Bahn.
10. Eine zweite Elbuntertunnelung (auch für die U-Bahn).
11. Eine besondere Verkehrsplanung für Harburg und das Süderelbegebiet.
12. Elektrifizierung und Ausbau der S-Bahn, besonders nach Harburg, Reinbek, Elmshorn und Ahrensburg.
13. Erweiterung der Alsterdampferlinien in den Eilbekkanal und über die Saarlandstraße hinaus.

WOHNUNGSBAU

Im Interesse der wohnungssuchenden Bürger, besonders der Dringlichkeitsfälle (81-Punkte-Anwärter), müssen praktisch wirksame Maßnahmen eingeleitet werden, um den in den letzten Jahren entstandenen Rückgang der Wohnungsbauleistung aufzuhalten und die Zahl der Dringlichkeitsfälle nicht weiter anwachsen zu lassen. Dazu ist eine Abkehr von den Methoden einer rücksichtslosen Forcierung der Baubeginne zugunsten der rein theoretischen Statistik nötig. Vielmehr muß die Planung des Wohnungsbaues der Baukapazität angepaßt werden, um sie nicht zu verstopfen und die Kräfte zu zersplittern:

Die CDU tritt für familiengerechte Wohnungen ein und fordert mehr Eigentumswohnungen und Eigenheime für Arbeiter und Angestellte.

Die CDU fordert zur Erhöhung der Wohnungsbauleistung:

1. Die Wohnungsbauleistung ist zumindest wieder auf den in den Jahren 1953 bis 1957 erreichten Stand von durchschnittlich 24 000 Wohnungen jährlich zu bringen.
2. Laufende Überwachung des Baumarktes und Steuerung der Finanzierung, um die Baukonjunktur nicht zu überhitzen.
3. Maßnahmen, die die Tiefbauleistung, vor allem im Siedelbau erhöhen.
4. Zur Steigerung des Hoch- und Tiefbaues müssen auswärtige Baufacharbeiter und Siedelbauunternehmen herangezogen werden.
5. Die Instandsetzung und Modernisierung der Altbauten ist zu gewährleisten.

BAULAND

Der Bürger muß erwarten, daß die Grundstückspolitik des Staates seinen Interessen dient. Deshalb wendet sich die CDU energisch gegen die offensichtliche Bevorzugung der überwiegend sozialistisch orientierten gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen. Sie bestimmten bisher die Grundstückspreise, da sie im Gegensatz zu privaten Bauträgern nicht dem Grundstückspreisstop unterlagen.

Die CDU tritt dafür ein, daß alle Bürger - nicht nur diese Großunternehmen - über die Planung und Aufschließung von Baugelände unterrichtet werden. Es ist untragbar, daß private Bauwillige, wie etwa zur Zeit 60 000 Bausparer, nicht an geeignetes Baugelände herankommen. Der Bürger muß fordern, daß die Stadt ihr Vorkaufsrecht nur dort ausübt, wo für sie ein unmittelbares Interesse an dem Grundstück besteht, oder sie dieses geteilt oder ganz dem Bürger zur Bebauung wieder zur Verfügung stellt. Bei allen Grundstücksfragen muß sie auch darauf bedacht sein, dem Bürger zu einem Grundstück zu verhelfen. Dies gilt besonders, wenn der Bürger als Planungsgeschädigter einen berechtigten Anspruch auf ein Ersatzgrundstück hat.

Die CDU fordert daher:

1. Gleichmäßige Behandlung aller Bürger in Grundstücksfragen. Keine Schlechterstellung der privaten Bauwilligen gegenüber großen Wohnungsbauunternehmen seitens der Baubehörde.
2. Aufbauwillige, geschädigte Grundeigentümer müssen Grund und Boden von der Stadt erhalten.
3. Marktgerechte Preise bei Enteignung von Grundstücken.
4. Ersatzangebot in Grundstücken, wenn die Stadt Bauland aus privater Hand beansprucht.
5. Abgabe von bebautem Grundbesitz aus städtischer Hand; gegebenenfalls Austausch solchen Besitzes an Stelle von Ersatzstellung.
6. Aufgliederung und Parzellierung von größeren Flächen des Staatsbesitzes zum Erwerb durch private Bauwillige; nach Möglichkeit ist dies örtlich bekanntzugeben. Zwingende städtebauliche Auflagen können vertraglich gesichert werden.

7. Offenlegung des zukünftigen Straßenbau- und Siedlungsprogrammes, um die Planung der privaten Bauwilligen zu erleichtern und um eine nachteilige Aufsplitterung des Baugeschehens zu vermeiden.
8. Berücksichtigung des gewerblichen Mittelstandes bei Aufbau von neuen Stadtvierteln.
9. Normale Wohnungen, Eigenheime und Kontorhäuser in staatlichem Besitz oder von städtischen Baugesellschaften sind an Private zu veräußern oder gegen Bauland umzutauschen. Der Staat soll nur Hausbesitzer von Gebäuden sein, die er für die eigene Verwaltung und zur Erfüllung sozialer Aufgaben benötigt. Für unser Stadtbild und die Gesundheit der Bevölkerung fordert die CDU eine stärkere Berücksichtigung des Naturschutzes und die Anlage und Erhaltung von stadtnahen Grünflächen.

Kleingartengelände

Viele Kleingärtner haben sich in der Zeit größter Wohnungsnot unter Entbehrungen und mit erheblichen finanziellen Opfern selbst geholfen und damit den Staat wesentlich entlastet. Sie dürfen deshalb erwarten, daß dieser Staat ihnen heute mit besonderer Rücksichtnahme begegnet und sie vor unbilligen Härten bewahrt.

Die CDU fordert für die Kleingärtner:

1. Hände weg vom Kleingartenland, solange anderes Bauland zur Verfügung steht.
2. Angemessene Entschädigung der Kleingärtner, wenn möglich durch neues Land.
3. Ausreichende Flächen für Dauerkleingärtner.
4. Räumung von Unterküften der Kleingärtner nur dann, wenn den Bewohnern sofort eine entsprechende Wohnung gegeben werden kann.
5. Ausreichende Entschädigung für abzureißende Unterküfte.
6. Umwandlung von bewohntem Kleingartengelände in Kleinsiedlungsgebieten wo immer möglich.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Wirtschaft muß frei bleiben von dirigistischer Einflußnahme. Die Privatinitiative als der entscheidende Impuls einer sozialen Marktwirtschaft darf nicht eingeengt werden. Auch die Landwirtschaft muß mehr und mehr an die Marktwirtschaft herangeführt werden.

Bei der Randlage Hamburgs muß der Senat alles tun, um die Industrialisierung in wohlverstandener Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und den Nachbargemeinden weiter zu fördern. In diesem Zusammenhang muß weiterhin für eine Verbesserung der Standortlage Hamburgs Sorge getragen werden. Dies gilt besonders für die Verkehrstarife und den Ausbau der Binnenverkehrsmittel, vor allem des Nord-Süd-Kanals und der Elektrifizierung der Bundesbahn.

Schiffahrt und Werften, die in hartem internationalem Wettbewerb stehen, bedürfen besonderer Fürsorge. Wenn hierfür auch in erster Linie die Bundesregierung einzutreten hat, so muß auch Hamburg selbst dazu beitragen, beispielsweise durch spezielle Finanzhilfen, wie Kredite und Bürgschaften.

Die CDU fordert daher von der Wirtschaftspolitik des Hamburger Senats:

1. Konsequente Durchführung der sozialen Marktwirtschaft des Bundes.
2. Ungesunder Konzentration in der Wirtschaft ist zu begegnen.
3. Förderung des Mittelstandes auf allen Gebieten.
4. Stärkung des hamburgischen Außenhandels, damit er seiner Aufgabe als selbständiger Mittler gerecht werden kann.
5. Enge wirtschaftliche Beziehungen mit den Nachbarländern und Nachbargemeinden. Die weitere Industrialisierung des Hamburger Wirtschaftsraumes muß unter Verständigung mit den Nachbargemeinden gefördert werden.
6. Weitgehende Unterstützung der Werften in ihrem internationalen Konkurrenzkampf und damit auch Erhaltung der Arbeitsplätze der Werftarbeiter.
7. Finanzielle Erleichterungen für die See- und Binnenschiffahrt.

DER WELTHAFEN HAMBURG

Der Hafen ist entscheidend für die Weltgeltung unserer Stadt. Die CDU wird vordringlich jede Maßnahme unterstützen, die seine Wettbewerbsfähigkeit erhöht, besonders seine Schnelligkeit in der Abfertigung.

Für Hamburgs Hafen fordert die CDU:

1. Vereinigung aller Zuständigkeiten für den Hafen unter einem Hafensenator.
2. Raumsicherung für den Hafen.
3. Vertiefung des Elbfahrwassers.
4. Ständige Anpassung der Hafenanlagen an den wachsenden Verkehr und seine erhöhten technischen Anforderungen.
5. Sicherung von Arbeitskräften für den Hafen.
6. Nachdrückliche Bemühungen bei der Bundesregierung, damit diese
 - a) den Hamburger Hafen gegenüber dem immer bedrohlicher werdenden Ausbau der Wettbewerbshäfen durch geeignete Maßnahmen fördert und
 - b) die Verkehrsverbindungen des Hamburger Hafens zu Wasser und Land (Nord-Süd-Kanal und Elektrifizierung der Bundesbahn) beschleunigt ausbaut.

WELTFLUGHAFEN

Der Welthafen Hamburg braucht auch einen Weltflughafen Hamburg. Die technische Entwicklung des Luftverkehrs erfordert aus Gründen der Lärmbelästigung, der Sicherheit stark bewohnter Stadtteile und im Interesse eines möglichst großen Verkehrsaufkommens eine neue Lösung der Flughafenfrage für Hamburg.

Die CDU befürwortete den Ausbau des Flughafens Fuhlsbüttel, um den Anschluß an den Düsenluftverkehr nicht zu verlieren. Die CDU stellt aber fest, daß der Flughafen Fuhlsbüttel auf die Dauer nicht allen Anforderungen gerecht werden kann.

Wenn ein Flughafen bei Hamburg die Bedeutung eines Weltflughafens erhalten soll, so muß er in einem Gebiet geplant werden, das für einen Weltflughafen geeignet ist und über den eigentlichen Einzugsbereich Hamburgs hinaus möglichst das Luftverkehrsaufkommen des ganzen norddeutschen Raumes auf sich zieht.

Die CDU fordert deshalb:

Eingehende Untersuchungen über den Ausbau eines Zentralflughafens-Nord gegebenenfalls auf dem früheren Militärflugplatz Heidenau. Das Projekt Kaltenkirchen würde zwar die Bevölkerung des heutigen Flugplatzbereiches Fuhlsbüttel von dem Lärm des Düsenverkehrs befreien und ihr eine größere Luftsicherheit geben, wäre aber nicht in der Lage, das Verkehrsaufkommen des ganzen norddeutschen Raumes, Hamburgs, Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und Bremens auf sich zu ziehen.

JUSTIZ

Die Unabhängigkeit der Justiz und der Richter, die Unabhängigkeit der "Dritten Gewalt" neben der Legislative und Exekutive, ist die unantastbare Grundlage des Rechtsstaates.

Dieses Grundprinzip ist von jedermann, dem Bürger, seiner Regierung wie von den Parteien zu respektieren.

Die CDU wird sich gegen jeden Versuch wenden, die Unabhängigkeit des Richters anzutasten. Ebenso wird sie sich jedem Versuch entgegenstellen, in die gerichtliche Eigenverwaltung einzugreifen.

Die Rechte des Bürgers gegenüber der Gewalt der Staatsorgane müssen durch eine politisch unabhängige Justiz gesichert werden. Übergriffe sind ohne jede Rücksichtnahme zu verfolgen.

Die Freiheit der Justiz garantiert die Freiheit des Bürgers!

SICHERHEIT UND POLIZEI

Sicherheit der Bevölkerung und Lenkung des Verkehrs in einer Millionenstadt erfordern nicht nur fähige, unbürokratische Polizeibeamte, sondern auch eine moderne Ausbildung und Ausrüstung. Dazu gehören klare Vorschriften und Zuständigkeiten, die auch für den Bürger verständlich sind.

Die Regelung des Straßenverkehrs und aller dazu gehörenden Einrichtungen muß unter den beteiligten Behörden wirksam koordiniert und der Führung der Polizei übertragen werden.

Die CDU fordert daher:

1. Modernisierung der Polizeiausrüstung.
2. Allgemein verständliche Polizeivorschriften.
3. Koordinierung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrs unter Leitung der Polizei.
4. Bessere Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor strafbaren Handlungen wie Sittlichkeitsverbrechen usw. Dazu gehört ein verstärkter Einsatz von Polizeibeamten im Fußstreifendienst.

VERWALTUNG

Die CDU tritt für eine volksnahe und sparsame Verwaltung ein.

Das Anwachsen der Verwaltung und damit ihrer Kosten und Lasten macht es uns zur Pflicht, das gesamte Verwaltungssystem zu vereinfachen, wenn die Leistungsfähigkeit der Verwaltung und die Finanzkraft des Staates nicht beeinträchtigt werden sollen. Die Last der zwangsläufigen Kosten ist eine Gefahr in Zeiten geringeren Steueraufkommens.

Die CDU fordert daher eine grundlegende Verwaltungsreform. Mit einzelnen Korrekturen ist es nicht mehr getan.

Am besten wird diese Reform durch eine Unabhängige Kommission vorbereitet.

Der CDU erscheinen folgende Aufgaben vordringlich:

1. Vereinfachung des Instanzenweges.
2. Verlagerung von Verantwortung aus dem Rathaus in die Bezirke.
3. Überprüfung der Gesetze und Verordnungen auf ihre Notwendigkeit.

BEZIRKSVERWALTUNG

Die CDU ist für den Ausbau der Bezirksverwaltung. Dabei darf die Einheit des Stadtstaates Hamburg nicht gefährdet werden.

Der Ausbau der Bezirksverwaltung muss organisch erfolgen, dem Eigenleben in den gewachsenen Stadtbezirken muss Rechnung getragen werden. Die Bezirke müssen weitere Beschlussrechte und finanzielle Mittel für bezirkseigene Aufgaben erhalten.

Mit diesen Massnahmen will die CDU einen besseren Kontakt des Bürgers mit seiner örtlichen Verwaltung herstellen.

Sie erwartet davon schnellere und sachgerechtere Entscheidungen. Ausserdem werden dadurch die Anteilnahme der Bürger an der Arbeit in den Bezirks- und Ortsausschüssen gestärkt, die Verwaltung vereinfacht und Kosten gespart.

Die CDU fordert daher:

1. Erweiterung der bezirkseigenen Aufgaben. Klare Trennung der Aufgaben der zentralen Fachbehörde von den Aufgaben der Bezirksverwaltung.
2. Entscheidungsbefugnisse für die Bezirke.
3. Finanzielle Mittel für bezirkseigene Aufgaben.
4. Vorsitzender des Bezirksausschusses muss ein gewählter Bezirksverordneter sein. Entsprechendes gilt für die Ortsausschüsse.
5. Mitspracherecht der Bezirksausschüsse in Personalfragen.
6. Stärkung der Befugnisse des Landesausschusses beim Amt für Bezirksverwaltung.

KULTUR

Kulturarbeit ist kein Luxus und mehr als Freizeitgestaltung. Sie ist Aufgabe und Notwendigkeit. Das Kulturleben einer Stadt ist der Gradmesser ihrer Lebenskraft.

Die Förderung von Literatur, Musik, bildender Kunst und dramatischem Theater ist im Zeitalter der Technik wichtiger als je zuvor. Die Kultureinrichtungen müssen jedem Bürger offenstehen.

Die CDU fordert:

1. Kulturzentren in den Bezirken unter Leitung privater Trägergemeinschaften. Staatlich geführte Kulturhäuser lehnt die CDU ab.
2. Stiftung eines zweijährigen Dramatikerpreises für das beste zeitkritische Theaterstück.
3. Bereitstellung von zweijährigen Stipendien für fünf begabte bildende Künstler, für ebensoviele junge Schriftsteller, begabte junge Musiker und junge Schauspielschüler.
4. Förderung des Baues von Ateliers für bildende Künstler.
5. Überprüfung der Verträge der staatlich subventionierten Theater mit der Hamburger Volksbühne zugunsten tatsächlich bedürftiger Kreise.

SCHULE

Alle schulpolitischen Bestrebungen der CDU gelten dem Bemühen, die Bildungsstätten unserer Zeit angesichts der stürmischen Entwicklung in die Lage zu versetzen, Tradition und Fortschritt in ihrer täglichen Arbeit mit den jungen Menschen zu vereinen.

Die CDU tritt nach wie vor für das Elternrecht ein; insbesondere wird sie immer dafür sorgen, daß das Auswahlrecht des Bildungsweges für die Eltern gewährleistet bleibt.

Sie wird etwa auftretende einengende dirigistische Tendenzen bekämpfen und dafür sorgen, daß an der deutschen Schule junge Menschen erzogen werden, in denen die Tradition der europäischen Bildung lebendig ist. Die jungen Menschen sollen sich aber zugleich mit Erfolg in dem sich immer noch steigenden Tempo der technischen Entwicklung behaupten können.

Die Schulen unserer Stadt dürfen kein Experimentierfeld sein, sie müssen in Ruhe und geordnet arbeiten können.

Lehrerbildung und die Stellung des Lehrers in der Öffentlichkeit, die unter dem von der CDU geführten Senat entscheidende Fortschritte erfahren haben, müssen weiterhin gefördert werden.

Der Schulbau, für den sich die CDU stets mit Erfolg einsetzte, muss auch weiterhin mit allen Kräften vorangetrieben werden.

Aus der Erkenntnis, daß unser Volk nur durch die Heranbildung einer lebensstüchtigen und auch geistig genügend vorbereiteten Jugend in die Lage versetzt wird, sich in einer von Grund auf veränderten Umwelt mit allen ihren Gefahren zu behaupten, stellt die CDU folgende Forderungen auf:

1. Hebung des Ansehens und der Bedeutung der Oberstufe der Volksschule,
 - a) vor allem Beseitigung des Schichtunterrichts,
 - b) Straffung des Unterrichtsstoffes,
 - c) vermehrter Bau von Fach- und Werkräumen.
2. Planmäßige Durchführung des Religionsunterrichts in allen Klassen der Hamburger Schulen. Dafür sind alle für den Religionsunterricht ausgebildeten Lehrkräfte einzusetzen.
3. Vertiefung und Erweiterung des staatsbürgerlichen und gemeinschaftskundlichen Unterrichtsfaches in allen allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen unter besonderer Berücksichtigung ordnungs- und gesellschaftspolitischer Probleme.
4. Vordringlicher Ausbau von Ingenieur- und Fachschulen.
5. Anstellung einer ausreichenden Anzahl von Lehrkräften für alle Schularten, vor allem auch für die berufsbildenden Schulen;
 - a) zur Sicherung aller gesetzlich vorgeschriebenen Schulstunden,
 - b) zur weiteren Senkung der Klassenfrequenz,
 - c) zur sinnvollen Durchführung von Krankenvertretungen,
6. den Ausbau des zweiten Bildungsweges,
7. den planvollen Einsatz der für den Schulbau zur Verfügung stehenden Mittel unter besonderer Berücksichtigung neuer Wohnbauschwerpunkte,
8. Ausbau der Berufs- und Handelsschulen mit Wirtschaftsgymnasium,
9. hauswirtschaftlichen Unterricht an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen,
10. vermehrte Einrichtung von Schulkindergärten,
11. weiterer Bau von Turnhallen und Normalsportplätzen,
12. Öffnung weiterer geeigneter Schulplätze als Kinderspielplätze.

HOCHSCHULE

In 40 Jahren hat sich die Universität zu einem geistigen Mittelpunkt unserer Stadt entwickelt. Die CDU tritt für einen organischen Ausbau der Universität ein. Der hohe wissenschaftliche Rang, den die Hamburger Universität erworben hat, muss auch in der Zukunft stets gewahrt bleiben.

Die Lehrstühle, Dozenten- und Assistentenstellen müssen voll besetzt und vermehrt werden.

Die CDU fordert:

1. Eine zügige Fortsetzung des von ihr eingeleiteten Ausbaus des Universitätsviertels und der Eppendorfer Universitätsklinik,
2. ausreichende Dozenten- und Assistentenstellen,
3. Erleichterung der Berufung hervorragender Hochschullehrer,
4. weiteren Ausbau des Honnefer Modells zur Förderung begabter Studenten,
5. Erhöhung der staatlichen Zuschüsse zum Mensaessen und mehr verbilligte Hochbahnfahrkarten,
6. Unterstützung ausländischer Studenten, vor allem aus den Entwicklungsländern,
7. einen vermehrten Bau von Studentenwohnheimen sowohl durch private wie durch staatliche Bauträger,
8. Einrichtung eines Forschungsinstitutes für die Entwicklungsländer durch den Bund mit dem Sitz in Hamburg.

SPORT

Die Vermehrung der Freizeit und die zunehmende Technisierung und Automatisierung unseres Lebens geben dem Sport eine wachsende Bedeutung für die sinnvolle Nutzung der Freizeit und die Erhaltung der Volksgesundheit.

Dieser Entwicklung haben Senat und Bürgerschaft durch weitere Förderung des Sports und seiner Verbände Rechnung zu tragen. Sport- und Spielplätze der "offenen Tür" müssen jedem Bürger die Möglichkeit eigener sportlicher Betätigung geben.

Behörden und Sportverbände haben bei der Planung und dem Bau von Sportstätten eng zusammenzuarbeiten. Diese Sportstätten sind in enger räumlicher Verbindung mit Schulen und Kulturzentren, mit Jugendheimen und Heimen der Offenen Tür zu errichten.

Vorhandene Sportanlagen dürfen für andere Bebauungszwecke nur dann in Anspruch genommen werden, wenn in unmittelbarer Nähe gelegenes gleichwertiges Ersatzgelände zur Verfügung gestellt und hergerichtet wird.

Für den Bau von Sportplätzen, Hallen und Freibädern müssen Mehrjahrespläne aufgestellt werden. Dem Bau von kombinierten Hallen- und Freibädern (Kombibäder), die eine nahezu gleichmässige Benutzung im Sommer und Winter gewährleisten, ist der Vorzug zu geben.

Im einzelnen fordert die CDU:

1. Den baldigen Bau eines sportgerechten 50-Meterhallenbades mit einem 10-Metersprungturm und weitere Schwimmbäder, besonders auch in den Aussenbezirken.
2. Den Bau einer Mehrzweckhalle, die für grosse Sportveranstaltungen zur Verfügung steht.
3. Den Bau einer zweiten sportgerechten Eisbahn.
4. Bezirkssporthallen für jeden Bezirk.
5. Ausreichendes Sportgelände in den verschiedenen Stadtteilen entsprechend der im neuen Aufbauplan vorgesehenen Bevölkerungszahl.

STAAT UND FREIE WOHLFAHRTSVERBÄNDE

In der Stadt von Johann Hinrich Wichern und Amalie Sieveing bekennt sich die CDU zu der Arbeit der Freien Wohlfahrtsverbände, die durch die freiwilligen Opfer der Bürger getragen wird. Sie erspart dem Staat jährlich viele Millionen Mark, die er für andere Aufgaben verwenden kann.

In unserem demokratischen Staat haben die Freien Wohlfahrtsverbände allein die Möglichkeit, in der Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe den ihnen anvertrauten Menschen auch eine religiöse, sittliche und seelische Stütze zu geben. Das ist der unersetzliche Vorteil der freien vor der behördlichen Wohlfahrtspflege.

Die CDU fordert:

1. Die Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe soll vom Staat nur insoweit selbst wahrgenommen werden, als sie nicht von den Freien Wohlfahrtsverbänden geleistet werden kann.
2. Unterstützung der Freien Wohlfahrtsverbände beim Bau neuer Einrichtungen sowohl finanziell wie durch den Nachweis von Grundstücken.
3. Ausschüttungen des Zahlenlottos und Fussballtotos auf dem sozialen Sektor müssen ausschliesslich den Freien Wohlfahrtsverbänden zufließen.
4. Kostendeckende Pflegesätze für die Leistungen der Freien Wohlfahrtsverbände.
5. Vertrauensvolle Zusammenarbeit des Staates mit den Freien Wohlfahrtsverbänden und Unterstützung der privaten mildtätigen Stiftungen.

JUGEND

Jeder junge Mensch hat Anspruch auf Erziehung und Bildung. Seine Erziehung und Bildung sind in erster Linie Recht und Pflicht der Eltern. Eine gesunde Jugendpolitik muss darum vor allem die erzieherischen Kräfte der Eltern und Familien erhalten und stärken. Aufgabe der freien und behördlichen Jugendhilfe ist es, erst dann helfend einzugreifen, wenn Eltern und Familien ihren Pflichten nicht genügen.

Die CDU bejaht den eigenständigen Erziehungs- und Bildungswert der freien Jugendgemeinschaften für jeden jungen Menschen. Um die Erfahrungen der freien Jugendgemeinschaften und Wohlfahrtsverbände für die behördliche Jugendhilfe nutzbar zu machen, ist auch in Hamburg ein Jugendwohlfahrtsausschuss zu schaffen, der den Bestimmungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes gerecht wird.

Das Mehrjahresprogramm für Bauten der Jugendhilfe muss zu einem gemeinsamen Programm der Jugendbehörde und der freien Verbände umgestaltet und beschleunigt verwirklicht werden.

Eine längere Freizeit und der damit verbundene erhöhte Anreiz des Vergnügungslebens erfordern auch eine bessere Jugendpflege und eine stärkere Beachtung des Jugendschutzes.

Die CDU lehnt jede Form der Staatsjugend ab. Von den freien Jugendgemeinschaften erwartet die CDU ein entschiedenes Eintreten für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

Im einzelnen fordert die CDU:

1. Erweiterung und Neugliederung des Landesjugendplanes, der durch den von ihr geführten Senat geschaffen wurde; vor allem eine stärkere Förderung der freien Jugendgemeinschaften.
2. Bau von überschaubaren Heimen der offenen Tür. Grossheime der offenen Tür lehnt die CDU ab.
3. Beschleunigter Bau von weiteren pädagogisch beaufschlagten Kinderspielplätzen.

4. Stärkeres Überwachen der Einhaltung des Jugendschutzgesetzes.
5. Ausbau der Jugendamtsheime nach modernen pädagogischen Erkenntnissen und Errichtung eines heilpädagogischen Heimes. Die Heimerzieher sind von berufsfremden Aufgaben zu entlasten. Ihre Ausbildung, ihre dienstrechtliche Stellung und ihre Arbeitsbedingungen müssen weiterhin verbessert werden.
6. Bildung eines bürgerschaftlichen Jugendausschusses.

SOZIALES

Im Mittelpunkt der Sozialarbeit steht der Mensch in seiner Würde, in seiner Freiheit und in seiner Eigenverantwortlichkeit, in seiner Bindung an Familie und Gemeinschaft.

Die Sozialmassnahmen müssen nach den Grundsätzen der Subsidiarität und der Solidarität getroffen, die Eigenleistung des Menschen muss also zunächst in Anspruch genommen, erhalten oder angeregt werden. Soweit sie nicht ausreicht, besteht für den Staat die Verpflichtung zu helfen, die Kraft des Einzelnen zu stützen oder zu ergänzen.

Die CDU fordert daher:

1. Den Bau von weiteren, auch kleineren Altersheimen, Pflegeheimen und von Rentnerwohnungen zu sozial tragbaren Mieten, vor allem für die von den Kriegsfolgen betroffenen Bevölkerungskreise. Die freien Verbände sind als Träger solcher Heime und Wohnungen der staatlichen Leitung vorzuziehen.
2. Zur Unterstützung der freien Initiative beim Bau von Altersheimen fordern wir für die Freien Wohlfahrtsverbände einen vermehrten Nachweis von geeigneten Grundstücken.
3. Abbau der Lager. Beschleunigte Herstellung besserer Wohnbedingungen.
4. Entlastung der Krankenhäuser durch Zuschüsse für die Hauspflege.

ARBEIT

Die soziale Marktwirtschaft bedingt eine aufeinander abgestimmte Wirtschafts- und Sozialpolitik. In ihr fordert die CDU die Erhaltung der eigenen Verantwortung der Sozialpartner.

Für Hamburg müssen die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden, Angelegenheiten der Sozialversicherung schneller zu bearbeiten und die Laufzeit der Klagen vor den Sozialgerichten zu verkürzen.

In Wirtschaft und Verwaltung sollen Halbtagsarbeitsstellen geschaffen werden. Dem Unfallschutz und dem sozialen Rechtsschutz der jugendlichen Arbeiter ist eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die medizinisch befürwortete Verlängerung des Urlaubs ist bei der Forderung nach einer verkürzten Arbeitszeit zu berücksichtigen. Der Bau von Feriendörfern zur Unterbringung von Arbeitern mit ihren Familien während des Urlaubs muss gefördert werden.

Die Prinzipien "Eigentum und Wohlstand für alle", die die CDU-Bundesregierung mit Erfolg praktiziert hat, müssen auch in Hamburg Masstab für die Chancen des arbeitenden Menschen werden, die der Staat ihnen zu geben hat.

GESUNDHEITSWESSEN

Der Mensch steht im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik. Von der Verantwortung für seine Gesundheit kann und darf ihn niemand entbinden. Die freie Arztwahl, freie Wahl des Krankenhauses und freie Wahl der Versicherungsträger müssen gewährleistet sein.

Im Interesse des Bürgers müssen die traditionellen Rechte des Arztes gewahrt bleiben. Die Heilbehandlung und Beratung ist in erster Linie Aufgabe der frei praktizierenden Ärzte und der Angehörigen der übrigen Heilberufe, sie ist nicht Sache einer Behörde. Nur Aufgaben, die über die individuelle Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsfürsorge hinausgehen und die Allgemeinheit entscheidend berühren, sind vom Staat zu übernehmen.

Die CDU fordert deshalb:

1. Erhöhung der Bettenzahl durch Neubau von Krankenhäusern,
2. Ausbau und Modernisierung der Krankenhäuser, der staatlichen sowohl wie der nichtstaatlichen Anstalten,
3. Verkleinerung der Krankenhausabteilungen zur besseren Versorgung der Patienten,
4. Berufung von Spezialärzten für Sonderdienste (z.B. Blutbank, Anästhesie), um der wissenschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen,
5. Förderung des Belegarztsystems, damit die Patienten nach Möglichkeit auch im Krankenhaus von ihrem Arzt weiterbehandelt werden können,
6. Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Krankenschwestern, wie Kürzung der Arbeitszeit, Entlastung von berufsfremden Aufgaben und Unterbringung in Einzelzimmern. Entsprechend sind auch die Arbeitsbedingungen für das gesamte Pflegepersonal zu verbessern,
7. Ausbau und Förderung des freien Krankenhilfswerks für Familien.

STEUERN

Die Finanz- und Steuerpolitik der CDU geht von der Voraussetzung aus, dass die steuerliche Belastung des Bürgers so niedrig wie möglich gehalten werden muss und dass der Bürger seine steuerlichen Verpflichtungen übersehen kann. Der Gesetzgeber muss deshalb ständig um eine Vereinfachung des Steuerrechts und der Steuertechnik bemüht sein. Dies würde Bürger, Wirtschaft und Verwaltung von vermeidbarer Arbeit entlasten.

Die CDU tritt für weitere Erleichterung der Gewerbesteuerlast im Interesse kleiner und mittlerer Betriebe ein, um u.a. den erhöhten Kapitalaufwand auszugleichen und den Lebensstandard der Inhaber, der teilweise gegenüber der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben ist, zu verbessern.

Die CDU hält auch bei der Vermögenssteuer erhöhte Freibeträge für nötig, um die Kapitalbildung zu fördern und die Krisenfestigkeit zu stärken.

Deshalb fordert die CDU:

1. Die freien Berufe sind von der Umsatzsteuer zu befreien.
2. Bei Änderungen der Umsatzsteuergesetzgebung muss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Aussenwirtschaft Rücksicht genommen werden.
3. Die steuerliche Benachteiligung von Einzelkaufleuten und Personalgesellschaften bei Einkünften aus Auslandsniederlassungen muss zur Förderung des Hamburger Aussenhandels beseitigt werden.
4. Die Eigentumsbildung und -erhaltung muss den natürlichen Personen stärker als bisher ermöglicht werden. Die Vermögenssteuer muss wieder auf ihre Stellung als Ergänzungssteuer zurückgeführt werden. Erhöhte Freibeträge sind besonders für die Steuerpflichtigen vorzusehen, die zu ihrer Zu-

- kunftssicherung und Altersversorgung auf ihr Vermögen und dessen Erträge angewiesen sind.
5. Die Verzerrungen in der Grundsteuerbelastung, die durch das Gross-Hamburg-Gesetz eingetreten sind, müssen schrittweise beseitigt werden.
 6. Die Hebesätze der Gewerbesteuer müssen weiter gesenkt werden, da der Kapitalbedarf gerade der kleinen und mittleren Betriebe erheblich gestiegen ist. Die Grenzen für ermässigte Steuermesszahlen für den Gewerbeertrag bei natürlichen Personen und ihnen gleichgestellten Gesellschaften müssen weiter erhöht oder es muss ein besonderer Freibetrag als Ausgleich für die Nichtabzugsfähigkeit des Unternehmerlohns bei diesen Steuerpflichtigen vorgesehen werden. Schliesslich müssen die Freigrenze für das Gewerbekapital erhöht und die Bestimmungen über die Zurechnungen zugunsten der Steuerpflichtigen revidiert werden.
 7. Die Hebesätze der Lohnsummensteuer müssen der allgemeinen Belastung durch die Gewerbesteuer angepasst werden.
 8. Bei der Vergnügungssteuer sind Erleichterungen für die Filmtheater vorzusehen, besonders sind die bisherigen Ermässigungen für als wertvoll anerkannte Filme zu erhöhen.